

Rolf Hempelmann

Nachhaltig, bezahlbar, zuverlässig

Die Rahmenbedingungen der Energiewende müssen sich ändern

Unser Autor analysiert die Fehler, die in den letzten Jahren im Hinblick auf die Energiewende gemacht wurden, und beschreibt, wie mehrere aufeinander abgestimmte Maßnahmen nötig sind, um erneuerbare Energien bezahlbar zu halten.

Die energiepolitische Debatte der letzten Monate war geprägt von den Kostenwirkungen der Energiewende auf Privatverbraucher und Unternehmen. Trauriger Höhepunkt dieser Diskussion waren die Vorschläge von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zur Umsetzung der sogenannten Strompreisbremse. Allein mit dem Vorschlag, in die Vergütungsstruktur von bestehenden Anlagen einzugreifen, hat Altmaier deutschlandweit eine Unsicherheit erzeugt, die weit über den Sektor der erneuerbaren Energien hinausgeht. Denn Investitionssicherheit und stabile politische Rahmenbedingungen sind konstituierende Elemente des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Auch in der Diskussion um die Ausnahmetatbestände bei den Netznutzungsentgelten und bei der EEG-Umlage hat der Umweltminister das notwendige Fingerspitzengefühl vermissen lassen. Diese Ausnahmen sind wichtige Instrumente, um die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen zu erhalten und Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Denn gerade die auf vielfältigen Grundstoffindustrien basierenden Wertschöpfungsketten haben dazu beigetragen, dass Deutschland vergleichsweise gut aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen ist. Statt, wie von Altmaier vorgeschlagen, die Ausnahmen jetzt mit der Rasenmähermethode zu beschneiden – nachdem sein Vorgänger Norbert Röttgen gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler sie zunächst exzessiv ausgeweitet hatte – ist Augenmaß gefragt. Deshalb fordert die SPD-



Rolf Hempelmann

(* 1948) MdB, ist energiepolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion.

rolf.hempelmann@bundestag.de

Bundestagsfraktion, Ausnahmen bei der EEG-Umlage auf besonders stromintensive Unternehmen zu begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Ein weiteres sinnvolles Kriterium ist, dass sich der Produktpreis der betreffenden Unternehmen an internationalen Handelsplätzen bildet und somit eine Umlage der vergleichsweise höheren Stromkosten in Deutschland auf den Produktpreis nicht möglich ist. Mit der unkoordinierten Ausweitung des Kreises der Begünstigten hat die Bundesregierung ein bis dahin breit akzeptiertes Instrument desavouiert. Nicht zuletzt haben das kritische Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf und das Verfahren der EU-Kommission gegen die Ausgestaltung der Netzentgeltbefreiungen die Fehlsteuerungen der schwarz-gelben Bundesregierung offengelegt.

Führt man sich vor Augen, dass das Ergebnis von Altmaiers vorgeschlagenen Maßnahmen eine Senkung des Strompreises um lediglich 0,4 Cent je Kilowattstunde gewesen wäre, wird klar, dass hier Nutzen und Schaden in keinem angemessenen Verhältnis stehen. Anstatt Maßnahmen zu ergreifen, die weithin für Verunsicherung sorgen, hat die SPD vorgeschlagen, die

Stromsteuer zu senken. Denn mit der Steigerung der EEG-Umlage generiert der Staat über die Mehrwertsteuer zusätzliche Einnahmen.

Zudem hat Bundesumweltminister Altmaier zielsicher Angst bei den Menschen geschürt, indem er öffentlich verkündete, die Energiewende würde bis zum Jahr 2050 rund eine Billion Euro verschlingen. Diese Aussage ist insofern erstaunlich, als die Antwort der Bundesregierung auf eine Mitte 2012 von der SPD-Bundestagsfraktion gestellte Anfrage zu den Kosten der Energiewende offenbarte, dass sie kaum wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über die zu erwartenden Kosten hat und auch nicht daran interessiert ist, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen.

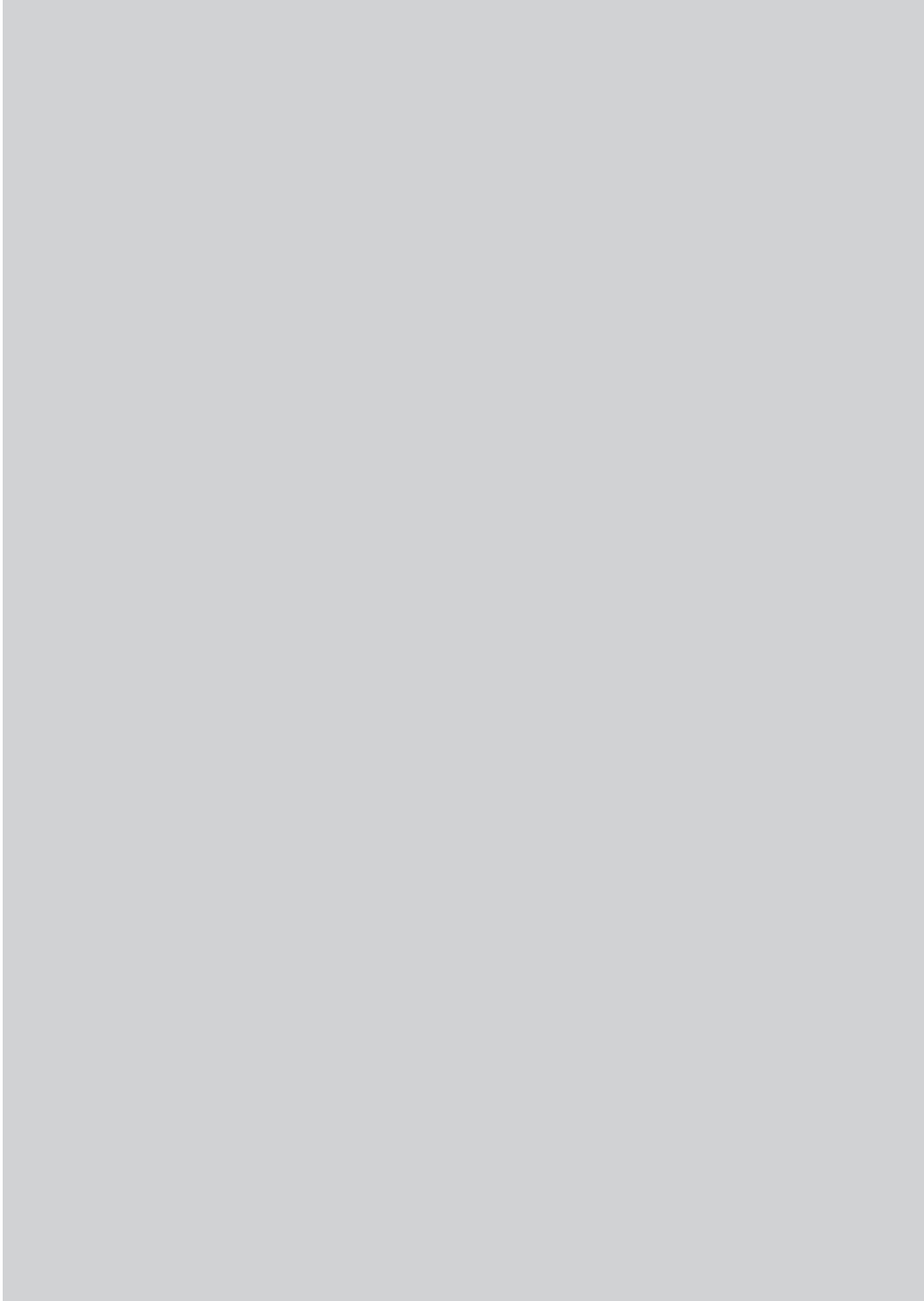
Weniger Rohstoffimporte

Gleichzeitig sagt die Bundesregierung, dass bis 2050 Investitionen von rund 15 Milliarden jährlich, also insgesamt rund 500 Milliarden Euro – und damit die Hälfte von Altmaiers Angaben – in die Umsetzung der Energiewende nötig seien. Um die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten der Energiewende zu beziffern, reicht ein Blick auf die reinen Investitionsausgaben nicht aus. Denn im Jahr 2012 haben wir – bei einem Anteil erneuerbarer Energien im Strombereich von 25 % – sechs Milliarden Euro aufgrund vermiedener konventioneller Rohstoffimporte gespart. Ein weiter wachsender Anteil erneuerbarer Energien wird zu weiteren Einsparungen an dieser Stelle führen. Auch ist die Branche der erneuerbaren Energien mit rund 400.000 direkt Beschäftigten ein wichtiger Impulsgeber der deutschen Volkswirtschaft. Wenn wir eine nachhaltige, für Privatverbraucher und Unternehmen bezahlbare und weiterhin zuverlässige Energieversorgung wollen, müssen heute die politischen Rahmenbedingungen für den notwendigen Umbau unseres gesamten Ener-

giesystems hin zu einem modernen Energiedienstleistungssystem gesetzt werden. Ziel ist nicht mehr die reine Versorgung des Kunden mit so viel Energiemengen wie möglich. Vielmehr muss sich der Energielieferant zu einem Energiedienstleister wandeln, der – genau wie der Kunde – ein Interesse daran hat, dass der Verbraucher für das Betreiben seiner elektrischen Geräte oder das Heizen seiner Wohnung so wenig Energie wie möglich verbraucht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die nötige Steigerung der Energieeffizienz lassen sich nur in einem Energiesystem umsetzen, in dem Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt sind. Hierbei können neben energieintensiven Industrien auch kleine und mittlere Unternehmen durch die Bereitstellung zu- und abschaltbarer Lasten einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und damit zur Versorgungssicherheit leisten. Hierzu bedarf es eines funktionierenden Wettbewerbs zwischen alten und neuen Energieanbietern sowie des Aus- und Umbaus der Energie-Infrastruktur. Gleichzeitig müssen wir den Ausbau bewährter Pumpspeicherkraftwerke und die Entwicklung neuer Speichertechnologien (leistungsfähige Batterien, Methanisierung von Windstrom) vorantreiben.

Wichtig ist, diese verschiedenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt umzusetzen, um den Umbau unseres Energiesystems so kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Die seit vier Jahren von der Bundesregierung betriebene energiepolitische Symptombekämpfung mit unkalkulierten Nebenwirkungen behindert die Energiewende und belastet die Verbraucher mit unnötigen Kosten.

Die aktuell praktizierte Vermarktung des regenerativen Stroms an der Börse führt dazu, dass die Großhandelspreise sinken. Nach der Bundestagswahl müssen wir zügig ein Vermarktungsmodell für Strom aus erneuerbaren Energien entwickeln und umsetzen, das gewährleistet, dass die kostensenkenden Effekte der re-



generativen Energien bei den Kunden ankommen. Darüber hinaus wollen wir das EEG dahingehend reformieren, dass eine Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien erleichtert wird. Gleichzeitig müssen wir den Zustand beenden, dass bei einer die Nachfrage übersteigenden Stromproduktion für die abgeschalteten Anlagen Entschädigungen gezahlt werden.

Als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien brauchen wir noch über Jahrzehnte konventionelle Kraftwerke, besonders flexible Gaskraftwerke. Da deren Auslastung bei einem wachsenden Anteil regenerativer Strommengen kontinuierlich sinkt, ist ihr Betrieb derzeit nicht wirtschaftlich. Deshalb brauchen wir einen Marktrahmen, in dem nicht nur der gelieferte Strom, sondern auch die Vorhaltung der Kapazität einen Preis erhält. Darüber hinaus sollten in das neue Marktmodell auch die Flexibilitäten auf der Angebots- und Nachfrageseite integriert werden. So können Betreiber von Speichern oder Anbieter von abschaltbaren Lasten ihre Produkte an Flexibilitätsmärkten anbieten. Nur ein in allen Segmenten wettbewerblich ausgestalteter Strommarkt ermöglicht eine bezahlbare Energieversorgung und verhindert Mitnahmeeffekte zu Lasten der Kunden.

Vermieter in der Pflicht

Wenn die Energieversorgung auch zukünftig für alle bezahlbar bleiben soll, brauchen wir zur Umsetzung der Energiewende einen umfassenden Politikansatz: Neben dem geschilderten Umbau unseres gesamten Energiesystems und einer Neuordnung des Marktrahmens müssen wir Maßnahmen ergreifen, mit denen mögliche finanzielle Belastungen für die Verbraucher gedämpft werden. Hierzu zählt, die Bürgerinnen und Bürger beim Energiesparen zu unterstützen. Denn die preiswerteste Energie ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Deshalb setzt sich die

SPD-Bundestagsfraktion für die Auflage eines Energieeffizienzfonds ein. Mit diesen Mitteln sollen Privatverbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen bei der Inanspruchnahme von Energieberatungen und bei der Umsetzung von Energieeffizienzdienstleistungen unterstützt werden, zum Beispiel beim Ersatz alter Elektrogeräte durch neue energieeffiziente Geräte.

Wir brauchen eine Ausgestaltung der Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung, von der alle Hauseigentümer – unabhängig vom Einkommen – profitieren. Dies kann durch direkte Zuschüsse oder zinsgünstige Kredite erreicht werden. Zudem ist es notwendig, auch die Mieter vor explodierenden Energiekosten zu schützen und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Hierzu müssen die Vermieter stärker in die Pflicht genommen werden, Wohnungen energetisch zu sanieren anstatt die Mieter mit den steigenden Nebenkosten allein zu lassen. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für das sogenannte Contracting derart geändert werden, dass Vermieter die Energieversorgung im Wettbewerb an externe Energiedienstleister vergeben können und somit die Mieter vom günstigsten Anbieter versorgt werden.

Bei Leistungsbeziehern müssen die steigenden Energiekosten angemessen berücksichtigt werden. Hierzu brauchen wir eine Anpassung der Regelsätze in der Grundsicherung und der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und dem Bafög, wenn die Strompreise zwischen zwei regulären Anpassungsterminen stark steigen. Zudem ist eine regelmäßige Überprüfung der Höhe der Regelsätze hinsichtlich des zu berücksichtigenden Anteils an Strom und Wärme vorzunehmen.

Ein europäischer Stromverbund bietet eine große Chance für die Energiewende. Er ermöglicht es, Lastschwankungen und zeitliche Produktionsschwankungen, die bei erneuerbaren Energien zwangsläufig auftreten, über die Grenzen hinweg groß-

räumig auszugleichen. Damit trägt er wesentlich dazu bei, ein auf regenerativer Energieversorgung beruhendes System zu stabilisieren. Die Umstellung unserer Energieerzeugung auf erneuerbare Energien erfordert daher – soll die Systemstabilität dauerhaft gesichert bleiben – einen europäischen Verbundansatz. Deshalb ist es wichtig, die Auswirkungen unserer energiepolitischen Entscheidungen auf die anderen europäischen Länder im Auge zu haben.

Wir brauchen dringend einen institutionellen Rahmen und ein klares Handlungskonzept zur Umsetzung der Energiewende. Hierzu zählt die Einbeziehung aller energiepolitischen und -wirtschaftlichen

Akteure wie Unternehmen, Landesregierungen, Regulierungsbehörden, Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger, deren Akzeptanz für Maßnahmen vor Ort für das Gelingen der Energiewende maßgeblich ist. Statt wie die schwarz-gelbe Bundesregierung nur einzelne Symptome anzugehen und energiepolitische Flickschusterei zu betreiben und einen Dauerstreit zwischen verschiedenen Ressorts zu pflegen, wollen wir die energiespezifischen Kompetenzen in einem Ministerium bündeln. Es wird Zeit, dass Deutschland energiepolitisch in Europa mit einer Stimme spricht und in Deutschland Bund und Länder ein gemeinsames Konzept verfolgen. ■

Margit Schratzenstaller

Umsteuern

Das bestehende Steuersystem in Deutschland ist nicht zukunftsfähig

In der Frage nach der Ausgestaltung des künftigen Steuersystems verläuft eine klare Trennlinie zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien. Angesichts steigender prognostizierter Steuereinnahmen vertreten manche die Auffassung, es bestünde kein Handlungsbedarf. Doch, meint unsere Autorin, denn wachstums- und beschäftigungsverträglich, ökologisch effektiv und sozial gerecht ist das bestehende Steuersystem auf keinen Fall. Ein Wechsel tut Not.

Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung Anfang Mai gaben der zwischen den wahlkämpfenden Parteien äußerst kontrovers geführten Diskussion, ob die Steuern zu erhöhen oder zu senken seien, neue Nahrung. Vor allem wegen diverser steuerrechtlicher Änderungen (wie etwa der Erhöhung des Grundfreibetrags) musste die Prognose der Steuereinnahmen für den Zeitraum bis 2017 gegenüber dem vergangenen Herbst leicht nach unten korrigiert werden. Dennoch werden die Steuereinnahmen 2017 mit gut 700 Milliarden Euro über 17 % höher liegen als 2012. Dies bedeutet nicht nur absolut, sondern auch gemessen an der Wirtschaftsleistung einen



Margit Schratzenstaller

(* 1968) ist Referentin für öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien sowie Lehrbeauftragte an der Universität Wien.

Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at

Anstieg von 22,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2012 auf 23,1 % 2017. Damit liegt der Anteil sogar leicht über dem Wert des Jahres 2000 (22,8 %), in dem die Steuerquote ihren höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreichte. Aus diesen Projektionen ziehen die einzelnen im Bundestag